

## Hauptgeschäftsstelle

BDS / DGV · Postfach 20 06 15 · 80006 München

## Bund der Selbständigen

Deutscher Gewerbeverband  
Landesverband Bayern e.V.

Hauptgeschäftsstelle

Schwanthalerstr. 110

80339 München

Telefon: 089 / 5 40 56 –0

Telefax: 089 / 5 02 64 93

e-Mail: [dgv-bayern@dgv-bayern.de](mailto:dgv-bayern@dgv-bayern.de)

Internet: <http://www.dgv-bayern>

## Initiative „Flexibel“

**Verfasserin:** Frau Alma Hagenbucher, Landesbeauftragte zur Pflege der Beziehungen zum Landesverband Thüringen

Diese Erklärung wurde vom Landesausschuss des Bundes der Selbständigen, Deutscher Gewerbeverband, Landesverband Bayern e.V. am 7. April 2001 beschlossen und in der Präsidiumssitzung am 10. Mai 2001 freigegeben.

Besorgte Stimmen über die verstärkte Abwanderung speziell ausgebildeter Fachkräfte aus den mitteldeutschen Ländern, vornehmlich aus dem Partnerland Thüringen, sind nicht zu überhören. Die Verunsicherung in Kollegenkreisen beschäftigen die Verbände und ist bis zu Regierungsstellen in Erfurt aktuell.

Die relativ hohe Arbeitslosenquote in den mitteldeutschen Ländern gilt weithin als generelle Ursache für den Zug der Arbeitnehmer nach Westen. Andererseits haben funktionierende Betriebe in Thüringen ebenfalls Schwierigkeiten, qualifizierte Mitarbeiter zu bekommen. Es ist verständlich, wenn Fachleute dahin abwandern, wo sie auch mehr verdienen, es ist ebenso verständlich, wenn in den westlichen Bundesländern versucht wird, Mitarbeiter dort anzuwerben, wo solche zu finden sind. Auf den ersten Blick stellt sich die Situation aus einer gewissen Logik einfach dar: In den westlichen Bundesländern besteht vielerorts dringender Bedarf an qualifizierten Fachkräften, in den mitteldeutschen Ländern, vornehmlich in Thüringen, dringender Bedarf an entsprechenden Arbeitsplätzen für ein freistehendes Potenzial von Fachleuten.

Es wäre jedoch zu einfach, nur mit dem Rechenschieber einen Ausgleich schaffen zu wollen, es geht dabei um Menschen und wirtschaftliche Belange, nicht zuletzt auch um das Land. Es besteht deshalb Anlass zum Nachdenken, wie man dieses Problem in den Griff bekommt, um einerseits unseren Betrieben in Bayern, andererseits aber auch den Argumenten und Bedürfnissen in Thüringen so weit als möglich gerecht zu werden.

---

Präsident: Dr. Fritz Wickenhäuser · Hauptgeschäftsführer: Markus Droth



Zehn Jahre intensiver Zusammenarbeit in großen und kleinen Dingen mit dem Partnerverband Thüringen, in Kenntnis der Situation auf dem Arbeitsmarkt in beiden Ländern, sind die nachfolgend aufgeführten Punkte vielleicht ein Anstoß, um dazu beizutragen, einen gangbaren Weg zu finden:

- a) Die flexible Handhabung der Ab- und Zuwanderung von Fachkräften von Fall zu Fall soll generell in freier Entscheidung potentieller Partner bleiben. Eine Regulierung durch Behörden stört das freie Spiel der Kräfte in Angebot und Nachfrage.
- b) Behörden und Ämter sollen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, falls nötig, beiden Seiten Hilfestellung bieten.
- c) Die Verbände und Kammern der mittelständischen Wirtschaft, wie BDS/DGV in Bayern und Thüringen sollen auf höchster Ebene Aktivitäten gegenüber den politischen Entscheidungsträgern - sprich den Regierungen - tätigen, da sie am besten die Probleme ihrer Mitglieder kennen, und die strukturelle Situation auf dem Arbeitsmarkt aus täglicher Erfahrung beurteilen können. Die daraus sich ergebenden Forderungen sollen mit Nachdruck vertreten werden. Die Tarifpartner sind aufzufordern, durch entsprechende Vereinbarungen die Standortvorteile am Heimatort heraus zuarbeiten und zu verstärken. Statt Subventionen sind Tariflösungen anzustreben, denn Subventionen behindern und zerstören wachsende Marktstrukturen. Dies gilt insbesondere für die Entwicklung in den neuen Bundesländern.
- d) Wie z.B. aus Sachsen/Anhalt zu vernehmen ist, sind bisher 1,6 Millionen Arbeitssuchende, zum Teil durch Abwerbung aber auch durch Einzelinitiative abgewandert. Es drängt sich hier die Frage auf, ob es nicht sinnvoller wäre, wo es möglich ist, statt Teilbetriebe in Billigländer auszulagern, Teilbetriebe z.B. aus Bayern nach Thüringen zu verlegen, zumal dort sowohl genügend Wohnraum als auch freistehende Raumkapazitäten für eine betriebliche Entfaltung vorhanden sind. Es ist vorstellbar, dass eine solche Lösung u.U. weniger Geld kostet als die Zuwanderung.
- e) In allen Fällen ist jedoch flexible Initiative gefragt. Das gilt besonders dann, sollte die Konjunktur eines Tages abflachen.